

BDSV „Essentials“ – Europa

#1 Planbarkeit und Transparenz fördern

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist zur Kooperation bereit. Sie versteht sich als leistungsfähiger und verlässlicher Partner nationaler und internationaler Streitkräfte und Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Kooperation darf jedoch kein Selbstzweck sein: Im Unterschied zu den Industrien anderer europäischer Länder ist die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie privatwirtschaftlich organisiert. Unverzichtbare Grundlage des wirtschaftlichen Arbeitens unserer Industrie sowie des Erhalts und Ausbaus ihrer technologischen Exzellenz – zentrale Grundlagen für die Kooperationsfähigkeit der Unternehmen der deutschen SVI – sind daher langfristige Planbarkeit und Transparenz.



#2 Gemeinsamer politischer Wille erforderlich

Die Treiber europäischer Kooperationsvorhaben müssen folglich in erster Linie die beschaffenden Staaten sein, die auf der Grundlage eines gemeinsamen politischen Willens und gemeinsamer Spezifikationen handeln. Denn nur auf Basis einer konkreten Beschaffungsabsicht können sich die Unternehmen der an der Kooperation beteiligten Staaten zusammenfinden und die am Bedarf der jeweiligen nationalen Streitkräfte ausgerichteten Produkte entwickeln.

#3 Europäischen Verteidigungsfonds & PESCO zielgerichtet & proaktiv gestalten

Die Dotierung des Europäischen Verteidigungsfonds wurde mit rund 7 Mrd. € für die Zeitspanne von 2021 bis 2027 vorgesehen. Um die sich im Kontext des EVF bietenden Chancen sowohl für die Bundeswehr als auch für die Industrie bestmöglich zu nutzen – und somit durch Deutschland eingezahlte Mittel zu aktivieren – braucht es neben vorab definierten Schwerpunktprojekten, im Rahmen derer ein klarer Führungsanspruch zu formulieren ist, eine frühzeitige Einbindung der Industrie in den Prozess.

Nur so wird für die Industrie eine an den Bedarfen der Bundeswehr orientierte Ableitung von konkreten Projektvorschlägen für den EVF und damit eine erfolgreiche Beteiligung Deutschlands an diesem Instrument überhaupt erst möglich. Dies setzt auch voraus, dass durch die Kombination von EU-Förderung mit nationaler Ko-Finanzierung im Gesamtergebnis ein Zustand erreicht wird, der für die Unternehmen auskömmliche Gesamtfinanzierungen der einzelnen Projekte sicherstellt.

Die EU-Programme dürfen weder der EU-Administration noch allein der Initiative anderer Mitgliedsstaaten überlassen werden. Nicht zuletzt geht es hier auch um das Setzen europäischer Standards und die langfristige Gestaltung der künftigen europäischen Industrielandschaft. Bedauerlich ist aus unserer Sicht daher, dass sich Deutschland im Rahmen von PESCO nur äußerst zögerlich in Rüstungsprojekten engagiert. Die deutsche Industrie darf hier nicht den Anschluss verlieren, denn im Kern besteht das Ziel im langfristigen Erhalt einer wettbewerbsfähigen, nationalen und gleichzeitig in den gemeinsamen europäischen Kontext integrierten Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

#4 Harmonisierung von Rüstungsexportregimen vorantreiben

Eine erfolgreiche Europäisierung von Rüstungsvorhaben setzt den Willen der deutschen Politik voraus, sich mit den engsten europäischen Partnern auf Regeln zur Harmonisierung von Maßstäben für den Rüstungsexport zu verständigen. Ohne eine solche Bereitschaft werden nicht nur die Erfolge bei der Europäisierung von Rüstungsprojekten ausbleiben: Langfristig droht auch die Gefahr einer Erosion von Deutschlands Glaubwürdigkeit als verlässlicher Kooperationspartner, die Schwächung der Stellung deutscher Unternehmen innerhalb europäischer Lieferketten und folglich der Verlust von Gestaltungsmacht im Rahmen europäischer Kooperationsvorhaben.

#5 NATO – Europäischen Pfeiler stärken

Das Engagement bei europäischen Rüstungskooperationsvorhaben sollte aus unserer Sicht als Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO verstanden werden, zur Festigung der transatlantischen Beziehungen beitragen und nicht zuletzt der Erfüllung der gegenüber der NATO gegebenen Zusagen („2 Prozent-Ziel“) dienen.

#6 Nationale Schlüsseltechnologien - Klarheit in europäischen Kooperationen schaffen

Wir fordern, dass die im Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie von Februar 2020 getätigte Aussage, wonach die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine Branche „von nationalem und europäischem Interesse“ ist, von der Bundesregierung im Dialog mit uns konsequent operationalisiert wird.

Dies erfordert seitens der Bundesregierung eine klare Strategie, wie mit nationalen Schlüsseltechnologien im Kontext europäischer Kooperation umgegangen werden soll und basierend auf dieser Festlegung, die Förderung industrieller innovativer Fähigkeiten im jeweiligen nationalen Rahmen bzw. im Rahmen staatlich unterstützter europäischer Kooperationsvorhaben.

Aus Sicht unserer Industrie dienen Schlüsseltechnologie-Definitionen auch dazu, durch eine klare Definition nationaler Interessen umso mehr das Fundament für Kooperationsfähigkeit in allen übrigen Bereichen zu schaffen. Dort wiederum setzen wir uns konsequent für ein uneingeschränktes EU-weites „Level Playing Field“ und insbesondere die Eliminierung von Kompensationsforderungen bei Rüstungskooperationen innerhalb der EU ein.

#7 Sicherheit als unverzichtbare Grundlage aller Nachhaltigkeit anerkennen

Mit der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden schaffen unsere Sicherheitsorgane eine unverzichtbare Grundlage für nachhaltiges Leben und Wirtschaften. Sicherheit, Verteidigung und eine darauf bezogene Rüstungswirtschaft stehen damit nicht im Gegensatz zu dem Ziel der Nachhaltigkeit, sondern schaffen vielmehr die Voraussetzung dafür. In der UN-Resolution 70/1 aus dem Jahr 2015, mit der die Grundlage für die Nachhaltigkeits-Agenda 2030 geschaffen wurde, heißt es: „Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.“

Wir fordern daher, dass die deutsche, aber auch die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bei der Erarbeitung einer EU-weiten Sustainable Finance Taxonomy nicht aus dem Dreiklang von „Environmental, Social und Governance“ (ESG) ausgegrenzt wird, sondern mit Unterstützung der Regierungen und der EU-Kommission zu einem integralen Bestandteil einer wohlverstandenen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gemacht wird, die Sicherheit als das anerkennt, was sie ist, nämlich die Basis aller Nachhaltigkeit.

#8 Klare und langfristig wirksame Gesamtstrategie im Schulterschluss mit der Industrie implementieren

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist darauf angewiesen, dass sich die Bundesregierung entlang einer industriepolitisch konsistenten Gesamtstrategie zu langfristigen Kooperationsvorhaben und generellen Handlungsprinzipien voraussehbar und verlässlich positioniert. Dazu gehört nicht zuletzt eine mit der Industrie abgestimmte „Guidance“ hinsichtlich der industriellen Struktur. Diese gilt es gegenüber den Kooperationspartnern entsprechend zu vertreten und durchzusetzen. Es ist daher entscheidend, dass Deutschland das europäische Spielfeld nicht zu spät betritt und seine Vorstellungen und Interessen unter Nutzung und Pflege der Stärken und Fähigkeiten der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ebenso aktiv einbringt wie alle anderen Beteiligten auch.



Bei Rückfragen zum Themenbereich Europa kontaktieren Sie gerne die zuständige Referentin Frau Karla K. Kuss, Tel.: 030-2061899-55, E-Mail: k.kuss@bdsv.eu